

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Wahlen zum Nationalrat.

Vielleicht wird man auch in späteren Jahren dem Jahre 1935 eine für die schweizerische Politik, sowohl die äußere wie die innere, ebenso entscheidende Bedeutung beimessen, wie wir, als die unmittelbar Beteiligten, wohl geneigt sind, es heute zu tun. Denn das Jahr 1935 brachte — unter Vorbehalt von Überraschungen, die in den nächsten zwei Monaten immer noch eintreten können — einmal eine entscheidende Wendung auf dem Gebiete unserer Außenpolitik, wie sie durch die Fragestellung: Neutralität oder Sanktionen akut und gefährlich in Erscheinung trat — außerdem aber auf dem Gebiete der Innenpolitik drei Entscheidungen von größter Bedeutung: Wehrvorlage, Kriseninitiative, Nationalratswahl. Das Jahr ist nicht zu Ende; aber unter dem sich daraus ergebenden Vorbehalt können wir wohl sagen, daß das Schweizervolk sich bei diesen schweren Entscheidungen über unsere äußeren Beziehungen und inneren Verhältnisse entsprechend seiner demokratischen und konservativen Grundhaltung bewährt hat — und wäre es in Bezug auf den äußeren Konflikt auch nur dadurch, daß es stillschweigend und mit einer vorbildlichen Disziplin den Bundesrat bei seiner geschickten Politik stützte. Im Innern aber hat das Schweizervolk etwas bewiesen, was man Krisenfestigkeit nennen dürfte. Je mehr man sich die Tatsache vor Augen hält, daß das Jahr 1935 den breiten Schichten unseres Volkes wohl zum ersten Mal mit einiger Deutlichkeit das Bestehen einer Krise handgreiflich vor Augen führte, umso höher ist die Disziplin einzuschätzen, die sich darin äußerte, daß das Volk vermehrte Leistungen für die Armee bewilligte, den Sirenenflügen der Kriseninitianten, die doch gerade dem überschuldeten Landwirt alles versprachen, nichtsdestoweniger zwei taube Ohren entgegenhielt und den „Plan der Arbeit“ in die politische Rumpelkammer verwies.

Trotzdem mußte man den Wahlen zum Nationalrat mit Spannung und Bejorgnis entgegensehen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil an der Stimmung der staatsverhaltenden Teile des Volkes, die am 2. Juni die Kriseninitiative verworfen hatten, zum 27. Oktober nicht unbegründete Zweifel bestehen mußten, nachdem das imperative Gebot, das den Sinn des Ergebnisses vom 2. Juni umfaßte, bei den zuständigen Stellen in Bern überhaupt nicht beachtet worden war. Mußte dadurch nicht jener Teil des Volkes, der am 2. Juni Wirtschaft und Währung recht eigentlich gerettet hatte, bitter enttäuscht einer „Führung“ den Rücken kehren, die wohl auf die Abstimmung hin alle Geister mobilisieren konnte, nachher aber in einen umso tieferen Dornröschenschlaf verfallen war? Dazu kam, daß sich die Krise, speziell auf dem Lande, verschärft hatte, und die Sozialdemokratie nützte dies durch eine außerordentlich geschickte und intensive Propaganda gerade auf dem Lande aus, sekundiert durch ihre „Plangenossen“, die Jungbauern und die famosen „Demokraten“ des Herrn Gadien, die in gewissen Teilen des Kantons Graubünden bis zu 100 % der bäuerlichen Bevölkerung eingefangen hatten. Indessen schien der Wind der Erneuerung, wenn auch lange nicht mehr so stürmisch wie vor zwei Jahren, immer noch wahrnehmbar an den freisinnigen Türen zu rütteln, wie auch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik der „historischen“ Parteien eher im Zunehmen begriffen war.

Und wieder hat das Schweizervolk gerade in schwerer Zeit durch seine Disziplin und Bodenständigkeit die Zweifler Lügen gestraft. Gewisse Schönheitsfehler, die das Ergebnis vom 27. Oktober zeigen, vermögen keineswegs die grundsätzliche und

umso erfreulichere Entscheidung des Volkes auch nur zu überschatten, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem ganzen Anhang mit einer erfrischenden Bestimmtheit in ihre Schranken gewiesen ist. Wohl kaum jemand hätte erwartet, daß die Sozialdemokratie auf ihren 50 Mandaten stehen bleiben würde, und es ist natürlich, gesamt schweizerisch gesehen, keineswegs der Liebling der Hausfrau, Duttweiler, allein, der dieses Wunder fertig gebracht hätte; vielmehr ergab sich auch in den Kantonen, wo er nicht kandidierte, daß der Ansturm der Sozialdemokraten an der Geschlossenheit der bürgerlichen Front zerschellen mußte. Diesmal hat das Schweizervolk den Plan der Arbeit nicht nur in die Rumpelkammer verwiesen, sondern es hat die Türe zugemacht und den Schlüssel abgezogen, sodaß dieses üble Produkt einer destruktiven marxistischen Phantasie wohl endgültig aus Abschied und Traktanden gefallen ist. Kurz gesagt: das Schweizervolk wünscht die Krise auf der Grundlage seiner heutigen Wirtschaftsordnung und unter strikter Ablehnung aller Experimente zu meistern und es traut sich die Fähigkeit zu, dies fertig zu bringen. Gleichzeitig aber erwartet es, nach den beiden eindeutigen Voten vom 2. Juni und 27. Oktober, vom Bundestag, daß er handle.

Wer dieser Schlußfolgerung nicht glaubt beipflichten zu können, dem empfehlen wir die eingehende Lektüre der sozialistischen Presse der letzten Tage. Schon die ersten Kommentare ließen die Katerstimmung nicht vermissen, denn auch dem gewandtesten Schreibkünstler konnte es nicht gelingen, den Erfolg des Manchester-Liberalen Duttweiler als sozialistischen Gewinn zu buchen! Im übrigen lese man nur das Lamento des Dichters Jakob Bührer im „Volksrecht“ vom 1. November, wo er auf mehreren Spalten dar tut, daß die Partei mit ihrem Ziel, eine Volksbewegung zu entsachen, gescheitert sei. Mochte es auch vor den Wahlen dem Wähler aus den roten Inseraten in noch so gewählter dichterischer Form entgegen schallen

Schlagt den Hammer
auf den Jammer!,

so dürfte heute an Stelle des Hammers gewiß das — Mastich getreten sein! Der kommunistische Bundestaggenossen blieb, was er war und wohl immer sein wird, eine großmäulige Null und schon im „Volksrecht“ vom 28. Oktober wurde ihm der Vorschlag gemacht, es sei nun an der Zeit, daß er sich der Stammpartei völlig anschließe, um in dieser aufzugehen, da er allein ohnehin nichts fertig bringe. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß, wenigstens nach den Äußerungen der sozialistischen Presse nach der Wahl, die Gewerkschaften, wohl in Aussicht des Mißserfolges, sich im Übermaß zurückgehalten hätten. Diese Tatsache kann vielleicht für eine ferne Zukunft nicht ohne Bedeutung sein! So ergibt sich als Gesamtrезультат je ein Gewinn der Sozialisten in Bern, den beiden Basel, Thurgau und Wallis, denen entgegenstehen zwei Verluste in Zürich und je einer in St. Gallen, Graubünden und Genf! Gewiß: eine Überraschung!

Entsprechend dem sozialdemokratischen Mißserfolg haben sich die beiden ältesten bürgerlichen Parteien mehr oder weniger gehalten. Jedenfalls können die Verluste der Freisinnigen (4) und der Konservativen (2) angesichts der Stagnation der Sozialdemokratie einerseits und der psychologischen Belastung dieser Parteien durch die Krise anderseits nicht ins Gewicht fallen, zumal wenigstens im Grundsätzlichen die 7 Duttweilerleute diesen Parteien durchaus nahestehen. Bei den Bauern, die von 28 auf 21 Mandate reduziert wurden, zeigt sich die Konsequenz, die notwendigerweise aus der Bildung einer wirtschaftlichen Interessensepartei sich ergeben muß: so lange es einigermaßen gut ging und die Interessen der bäuerlichen Truppen bei der Stammpartei in guter Obhut zu sein schienen, blieb man ihr treu; kaum aber ging es schlechter, brauchte nur ein Prophet am Horizont zu erscheinen, der ver-

sprach, die wirtschaftlichen Interessen allein oder mindestens viel besser wahren zu können — und schon erinnerte man sich daran, daß die Gründung der Partei ja seinerzeit ausschließlich aus wirtschaftlichen Interessen erfolgt war, sodaß man nun auch keine Bedenken hatte, nun dem „besser“ wirtschaftlich in *Propheten* nachzulaufen, zumal man ja eine eigentliche Weltanschauungspartei nicht war. Trotzdem muß der Erfolg des Jungbauernführers Müller angegesichts der Krise der Landwirtschaft und des Ergebnisses der Kriseninitiative als bescheiden bezeichnet werden; die enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat wohl doch nicht wenige stützend gemacht. Und vom Standpunkt der Bauernpartei aus gesehen kann der erfolgte Einbruch angegesichts der schweren Krise der Landwirtschaft, insbesondere im Kanton Bern, und der maßlosen Propaganda der Gegner noch als einigermaßen erträglich bezeichnet werden, wenn man z. B. bedenkt, daß in gewissen Gegenden des Berner Krisengebietes die Führer der Bauernpartei sich ohne Gefahr für ihre körperliche Integrität zeitweise gar nicht mehr zeigen durften!

Der Nationalrat zählt im ganzen 187 Mitglieder. Der Bundesrat stützt sich auf die drei Regierungsparteien: Freisinnige, Konservative und Bauernpartei. Durch das Ergebnis vom 27. Oktober ist diese Regierungsmehrheit von 124 auf 111 Stimmen gesunken. Wie wenig tiefgreifend trotz dem Auftauchen der Duttweiler-scher Splittergruppe im Grunde die Veränderungen sind, ergibt sich daraus, daß auch heute noch einer bündesrätlichen Mehrheit von 111 Stimmen eine Minderheit von nur 76 Stimmen entgegensteht, und dies im gesamten, d. h. wenn man die hypothetische Möglichkeit zugrunde legt, daß Sozialisten, Kommunisten, Duttweiler-leute, Liberal-Konservative, Jungbauern und Herr Hoppeler jemals zusammengehen könnten, was natürlich niemals in Frage kommt. Dagegen könnten gewisse Schwierigkeiten für eine geschlossene bündesrätliche Politik, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, aus der Existenz der Jungbauern entstehen. Es fragt sich immerhin, welche Wirkung der Schlag vom 27. Oktober für die bäuerliche Mutterpartei auf die Dauer haben wird. Es ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß man im Interesse einer Zusammenführung der beiden nunmehr getrennten Bauerngruppen sich gegenseitig Konzessionen macht, welche auf Seiten der Mutterpartei vielleicht eine leichte Linksschwenkung in wirtschaftlicher Beziehung zur Folge haben könnten, in der Richtung auf Sanierung der Landwirtschaft im Wege der Kreditausweitung. Diese Möglichkeit ist deswegen nicht von der Hand zu weisen, weil die Führung der Mutterpartei, wenn wir richtig unterrichtet sind, solchen Plänen nicht unbedingt abgeneigt wäre. Anderseits aber zeigt die Bauernpartei genügend konservative Elemente, die sich einer zu starken Konzessionspolitik in dieser Richtung widersezten würden. Endlich hängt natürlich viel davon ab, daß die beiden historischen Regierungsparteien in der Richtung auf Sanierung der Bundesfinanzen im Wege der Deflation fest bleiben; schließlich sind ihre Abgeordneten mehr oder weniger auch unter dieser Parole gewählt worden. Alles in allem ist deshalb anzunehmen, daß die Regierungskoalition, vielleicht nach Abzug einiger geringer Splitter, geschlossen bleibt — in ihrer Wirtschaftspolitik zudem zweifellos unterstützt durch die 6 Liberal-Konservativen, die 7 Unabhängigen und den Vertreter der evangelischen Volkspartei, Herrn Dr. Hoppeler. Man kann also hoffen, daß diesmal auf wirtschaftlichem und finanziellem Boden ganze Arbeit geleistet wird, während sich im weiteren die Grundlage einer allgemeinen väterländischen Politik, speziell was die Armee anbetrifft, vollkommen unbeschädigt erhalten hat. Unter diesen zwei Gesichtspunkten muß diese Wahl, mitten in der Krise getroffen, als erfreulich bezeichnet werden.

Es zeigt sich dabei, wie wir es bereits anlässlich der Abstimmung über die Totalrevision der Bundesverfassung erlebten, die im Grunde durchaus konservative Haltung unseres Volkes. Der Erfolg Duttweiler's scheint, mag es auch auf den ersten Blick paradox erscheinen, dies durchaus zu bestätigen. Hier ist vorab die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß sich die konservative Partei im Grunde ausgezeichnet ge-

schlagen hat; die Resultate aus den Innenkantonen sprechen eine deutliche Sprache, sind doch die sozialistischen Stimmen zum Teil zurückgegangen und dies, obwohl man auch dort die Wirtschaftskrise kennt. Es gibt ja immer wieder Zehnmalweise, die der konservativen Politik in diesen Bezirken Rückständigkeit vorwerfen. Uns scheint, dies geschehe zu Unrecht. Mag dort auf dem einen oder andern Gebiet eine gewisse seltsame Beharrlichkeit den Ausschlag geben, so ist demgegenüber der Vorteil eines unerschütterlichen Festhaltens an den Prinzipien vaterländischer Politik und konservativer Wirtschaftspolitik, zumal in Krisenzeiten, nicht hoch genug anzuschlagen; unter diesem Gesichtspunkt enthält der Vorwurf der „Rückständigkeit“ eher die Bedeutung einer *U s s e i c h n u n g* im Sinne einer unerschütterlich bodenständigen Politik, an der Marxismus und Kommunismus je und je abprallen werden. Dies ist ein großes Aktivum für unsere schweizerische Politik.

* * *

„Auf man n o d e r m e h r?“ Zur Beantwortung dieser Frage, die gemäß der Propaganda des Herrn Duttweiler auf Grund eines Reklamebuches noch schnell vor den Wahlen hätte erfolgen sollen, haben wir nun etwas mehr Zeit vor uns. Alle Welt war wohl überrascht von dem ansehnlichen Erfolg der Duttweiler-Liste, und selbst seine eigenen Anhänger dürften dieses Resultat kaum erwartet haben. Nachdem man inzwischen Zeit hatte, sich von der Überraschung zu erholen, ergibt sich, daß die Bedeutung des Ereignisses wohl mancherorts übertrieben worden ist. Bezuglich der Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat ist der Einfluß der 7 Unabhängigen gering, und es kann keine Rede davon sein, daß sie etwa das Bünglein an der Waage bilden könnten. Anderseits kann man sich nach den Parteistimmenzahlen fragen, aus welchen Parteien sich die Wählerschaft des Herrn Duttweiler rekrutiert, und es scheint, daß wohl alle Parteien irgendwie zu dem Erfolg ihr Scherflein beitragen mußten — die Sozialisten nicht weniger als die andern, wahrscheinlich in verhältnismäßig sehr erheblichem Maße die Nationale Front, bezw. die Erneuerungsliste im Kanton Bern. Es darf wohl als feststehend bezeichnet werden, daß die 7 Unabhängigen bestimmt nicht den Linksparteien zugezählt werden müssen; denn der Kern des Duttweiler'schen Programms liegt ja gerade in der konsequenten Ablehnung jeder Reglementierung des Wirtschaftslebens durch Staat oder Verbände und damit der Verwerfung jedes Eingriffes in die Freizügigkeit des Einzelnen im Wirtschaftsleben. Das sind an sich erfreuliche Gesichtspunkte — nur fragt es sich, wie weit der immerhin nicht zu überschätzende Einfluß dieser 7 Unabhängigen damit durchdringen wird, in einer Zeit, wo eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit zur Überwindung der Krise und zur gerechten Verteilung ihrer Folgen fast nicht zu vermeiden ist. Zwischen dem Ultra-Liberalen der alten Schule, Herrn Duttweiler, und dem ebenfalls gewählten Minister Stucki, der zum großen Teil als der Vater dieser als notwendig bezeichneten Staatseingriffe gelten kann, werden sich wohl interessante Kontroversen ergeben! Bestimmt aber wird der Einfluß der Duttweiler'schen Prinzipien in mancher Richtung wohlstehend sein, unter der Voraussetzung, daß er wirklich in der Richtung geltend gemacht wird, die der wirtschaftlichen Vergangenheit seines Urhebers entspricht, eine Frage, die aber noch offen bleibt, denn Herr Duttweiler ist auf dem Parkett der Politik noch völlig unerprobt, und die großen volkswirtschaftlichen Lösungen sind nicht alle nach dem Rezept „Käse gegen Butter“ zu finden.

Auffallend ist, daß ausgerechnet zu einer Zeit, wo die Erneuerungsbewegungen gegen den Liberalismus Sturm laufen, ein durchaus prononzierter Anhänger dieser Wirtschaftsauffassung so großen Zulauf erhält und dazu wahrscheinlich nicht zuletzt aus den Kreisen der Erneuerung selbst! Denn es wird wohl niemand bestreiten wollen, daß die bisherigen Leistungen des Herrn Duttweiler dem *M a n c h e s t e r*

Liberalismus verzweifelt ähnlich sehen. Schließlich ist es doch so, daß der Mann durch rücksichtslose Ausnützung der „Krisenkonjunktur“ hochgekommen ist, durch eine Preispolitik, die gewiß an sich manches Gute in sich hat, die aber nur durch einen starken Rückhalt an Kapitalien, die der Konkurrenz nicht zur Verfügung standen, erreicht werden konnte. Heute allerdings, wo die Sanierung unserer Volkswirtschaft nur im Wege der Anpassung von Preisen und Löhnen zu erreichen ist, bedeutet der Einfluß dieses Mannes einen nicht zu unterschätzenden Vorteil und wir wollen deshalb weniger nach theoretischen Prinzipien und ihren Fehlern suchen, als uns freuen über den Erfolg eines Mannes der Tat, der bis jetzt gefehlt hat.

Das ist wohl auch der einzige Grund, weshalb in allen Parteien diese Liste so großen Erfolg hatte. Die Wählerschaft hat zu großen Teilen genug von theoretischen Programmen und schönen Wirtschaftsprinzipien, die sich in der Praxis dann doch wieder als mehr oder weniger unbrauchbar erweisen. Sie verlangt die praktische Bewährung durch die Tat, und die hat Herr Duttweiler bestimmt nachgewiesen. Deshalb ist er gewählt worden. Es ist kein Schade, wenn dieser Mann und seine anscheinend wirklich unabhängigen Mitgewählten endlich einen frischen Luftzug in die oft bleierne Schwere unseres Ratssaales bringen. Einige Hörner wird er sich ohnehin abstoßen.

Sehr bedauerlich, wenn auch keineswegs überraschend, ist der ausgesprochene Misserfolg der Erneuerungsbewegungen, im besonderen der weit-aus stärksten, der Nationalen Front. Wieviel echter Idealismus und wieviel uneigen-nütziges Streben für das Gemeinwohl ist damit um Anerkennung und vielleicht um Bestand gebracht! Sowohl Schaffhausen wie Zürich, die beiden Bollwerke der Front, haben in starkem Maße versagt. Will man den Gründen nachgehen, die dazu führten, daß z. B. in Zürich die Nationale Front seit den Kantonsratswahlen im April 1935, also in ungefähr sechs Monaten, über 40 % ihrer Wähler verloren hat, so lassen sie sich aus dieser kurzen Zeitspanne nicht allein erklären. Sie liegen tiefer. Wie wir bereits in unseren Ausführungen über das Ergebnis der Total-revisionsbestimmung darzulegen versuchten, ist trotz Krise und Not der Boden für die weitgehende Umarbeit im Sinne der Erneuerung, wie sie in den Programmen der Bewegungen zum Ausdruck kommt, noch keineswegs genügend bearbeitet. Gewiß waren die Gedanken, die der Erneuerung zugrunde liegen, schon vor dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland da und dort, aber im Grunde doch sehr sporadisch, verbreitet, trotzdem der Faschismus, der in manchen Punkten grundsätzlich dieselben Prinzipien vertritt, doch schon seit 13 Jahren am Ruder ist. Autoritäres Prinzip und Führerstaat beherrschten schon seit Jahren unsern südlichen Nachbar, und, obwohl große Erfolge diesen Prinzipien in Italien nicht versagt blieben, kam die Bewegung bei uns nicht vom Fleck. Der Grund dafür ist schließlich eben kein anderer als die konservative Gesinnung unseres Volkes und damit die zutiefst wurzelnde Unabhängigkeit an die demokratischen Grundsätze, die nun einmal durch Führerprinzip und Autoritätsgedanken doch irgendwie durchlöchert werden, mag man das noch so sehr bestreiten. Was die Demokratie will, braucht und dann auch duldet, sind Persönlichkeiten, die nach den ihnen von der Vorsehung gegebenen Eigenschaften befähigt sind, in gewissen Bezirken, in den ihnen eigenen Gebieten, Führer zu sein. Das ist nicht undemokratisch und dagegen hat das Volk nie Einwendungen erhoben, im Gegenteil. Aus diesen doch mehr oder weniger zufällig gegebenen Voraussetzungen aber ein Prinzip machen zu wollen, ist falsch und wird unserem Volke nie eingehen. Damit ist der Staat nicht reformiert, wenn auf jedes, auch auf das kleinste und engste Gebiet, „mit Teufelsgewalt“ ein „Führer“ hingestellt werden muß, auch wenn er nicht von der Natur, sondern nur von Partei wegen dazu geboren ist. Aus diesem Grunde lehnt auch die „Eidgenössische Front“ das Führerprinzip ab und ihre Bestrebungen gehen einzig auf

vermehrte Anerkennung der Persönlichkeit, wo sie vorhanden ist, und auf deren Ausstattung mit den erforderlichen Kompetenzen. Damit bleibt sie auf demokratischem Boden.

Auch das Überborden des Nationalsozialismus in Deutschland konnte daran und an der Grundgesinnung unseres Volkes nichts ändern. Im Gegenteil. Leider ließen sich manche Leute zu stark von jenem Erfolg beeindrucken und dazu verfiel man in weiten Kreisen der Erneuerung noch in den Irrtum, im Gegensatz zum Faschismus aus gewissen staatspolitischen Erkenntnissen nun auch noch eine Weltanfang machen zu wollen. Gewiß entstand durch die deutsche Erneuerung bei uns ein mächtiger Auftrieb in ähnlichem Sinne, aber tief saß der Gedanke nicht. Und je mehr sich unser demokratisches Empfinden gegen die Gedanken und Methoden des Nationalsozialismus auflehnte, umso empfindlicher mußten dadurch die Kreise betroffen werden, denen man, zu einem Teil bestimmt zu Unrecht, einen Zusammenhang mit diesem Ideenkreis vorwarf. Ist es nicht als Symptom zu werten, daß nur ein tatkräftiger Liberaler vom Schlag eines Duttweiler zu kommen brauchte, um die mit Pauken und Fanfaren angekündigte Erneuerung mit allen ihren schönen Grundsätzen in einigen Monaten zu überrumpeln? Unser Volk will praktische Taten sehen in der Krise und keine schönen Theorien, besonders wenn deren Trennung von gewissen ausländischen Entwicklungen nun einmal nicht ganz gelingen will.

Ich gebe zu, daß es nicht schwer ist, post festum solche Kritik anzubringen. Und den andern Erneuerungsbewegungen ist es auch nicht besser, sondern noch schlechter gegangen, als der Nationalen Front. Es ist für uns alle, die wir eine Erneuerung unseres Staatswesens aus der Überzeugung erstreben, daß in unserem demokratischen Staate nun einmal verschiedenes faul ist, eine Stunde der Besinnung gekommen. Sorgen wir dafür, durch zähe Arbeit unsere Reformgrundsätze, die nichts un-demokratisches an sich haben sollen, im Volke zu verbreiten, aber seien wir uns klar darüber, daß dies Jahre und Jahrzehnte erfordert. Vor allem aber und zuvorderst: Fort mit allen autoritären — und führe Prinzipien, fort mit allem, was irgendwie an ausländische Vorbilder, die ja unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind, erinnert! Unser Volk ist trotz Krise durchaus stabil, das haben die Wahlen deutlich gezeigt. Es ist imstande, aus seinen demokratischen Wurzeln allein die Erneuerung zu ziehen, die es braucht. Diejenigen aber, die dachten, auf dem Wege einer neuen Parteibildung die Erneuerung mit Trommeln und Pauken im Sturm zum Sieg oder wenigstens Erfolg zu tragen, mögen bedenken, daß es nicht überall gleich geht wie anderswo — und das lakonische Dichterwort nicht vergessen:

Wenn einer, der mit Mühe kaum
Gefrochen ist auf einen Baum
Schon denkt, daß er ein Vogel wär',
So irrt sich der.

* * *

Nach der personellen Seite ist die Veränderung in der Zusammensetzung des Nationalrates recht erheblich, ist doch ungefähr ein Drittel erneuert. Im Kanton Zürich ist die Wahl des Redaktors der „Zürichsee-Zeitung“, Herrn Theodor Gut, außerordentlich erfreulich, denn Herr Gut gehört zu den wirklich unabhängigen Männern, und wir hoffen, daß er speziell auch auf dem Gebiete unserer Außenpolitik ab und zu in dieser Richtung eingreifen wird. Sehr zu bedauern ist das Ausscheiden des Herrn Rudolf Gelpke in Basel, der sich ebenfalls stets durch eine unabhängige Politik ausgezeichnet hat. Anderseits finden wir neu Herrn Minister Stucki in Bern, der in wirtschaftspolitischer Beziehung vielleicht in

manchen Teilen die Führung übernimmt, wenn nicht Herr Duttweiler zu sehr dazwischen fährt. Zu begrüßen ist ferner die Wahl von a. B u n d e s r a t M u s s y, vor allem im Sinne einer gesunden Finanzpolitik, während das Ausscheiden des einzigen sozialistischen bündnerischen Nationalrates, Canova, gerade in personeller Beziehung eine Erleichterung bedeuten dürfte. Als Kuriosum sei noch nachzutragen, daß der C h e f r e d a k t e u r d e r „N. Z. Z.“, W i l h l e m B r e t s c h e r, der auf der freisinnigen Liste, die völlig unkumuliert war, an 6. Stelle stand, von den freisinnigen Wählern auf die 14. Stelle „versezt“ wurde. Sollte dies vielleicht ein zarter Wink sein, daß die Politik der „N. Z. Z.“ selbst in freisinnigen Kreisen doch nicht den Anklang findet, den man an der Faltenstraße selbst immer vermutet?

* * *

Eine vergleichsweise Zusammenstellung der hauptsächlichsten Parteimandate in den Jahren 1919, 1931 und 1935 ergibt folgendes Bild:

	1919	1931	1935
Katholisch-Konservative	41	44	42
Liberal-Konservative	9	6	6
Freisinnig-Demokratische	58	52	48
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	31	28	21
Jungbauern	—	2	4
Sozialdemokratische Partei	41	50	50
Kommunistische Partei	—	2	2
Unabhängige	—	—	7
Kleine Parteien	9	3	7

* * *

Die Ständeratswahlen brachten ganz unwesentliche Verschiebungen, indem der Freigeldler Sonderegger ausschied und dafür Regierungsrat Wenk von Basel-Stadt als zweiter Sozialist in den Rat einzog. Wie nicht anders zu erwarten war, ist also der Ständerat bei seiner Beharrlichkeit geblieben und er wird, vielleicht mehr als auch schon, diese Beharrlichkeit als gleichberechtigter Partner gegenüber allfälligen Seiten sprüngen des Nationalrates in die Waagschale werfen.

Zürich, den 31. Oktober 1935.

J a n n v. S p r e c h e r.

Zur politischen Lage.

Die Welt verkennt den Handel Laval-Mussolini. / Sie verrechnet sich gegenüber Mussolini. / Und Mussolini verrechnet sich mit England. / Die heutige Lage um Abessinien. / Die Zukunftsaussichten.

Im Januar war es, also vor noch nicht einem Jahre. Herr Laval unternahm die so oft schon angekündigte Reise nach Rom, um dort die vielbesprochene französisch-italienische Freundschaft endgültig zu Stande zu bringen. Mussolini und Laval einigten sich auf der Grundlage der gemeinsamen Front gegen Deutschland in Europa und leichter, sehr leichter kolonialer Opfer Frankreichs in Übersee. Für jeden Ein-sichtigen war es sofort klar, daß Mussolini mit der Abtretung von ein paar Tausend Kilometern östlicher Sahara und einiger unwesentlicher Landstücke am Roten Meere sich von Herrn Laval sicher nicht hatte abfinden lassen; er hat ja auch seither wirklich

erklärt, daß er kein Sammler von Wüsten werden wolle. Voraussetzung für die neue lateinische Freundschaft mußte vielmehr ein wesentliches Entgegenkommen Frankreichs sein. In diesem Falle hatte dieses Entgegenkommen des schlauen Herrn Laval offenbar darin bestanden, daß er die eigenen Kolonien Frankreichs sorgfältig schonte, dafür aber Mussolini in Abessinien freie Hand gab. Dieser geheime Teil des italienisch-französischen Abkommens war nur zu offensichtlich und für jeden aufmerksamen Beobachter der italienischen Entwicklung war es ebenso offensichtlich, daß Mussolini nicht zögern würde, die bewilligte Hypothek auf Abessinien nutzbar zu machen. Trotz aller großen Worte war ja in einem ganzen Jahrzehnt keine Erweiterung des italienischen Machtbereichs erfolgt, kein augenfälliger Schritt zum Imperium der Zukunft gelungen. Dabei drängte die steigende wirtschaftliche und finanzielle Belastung des übervölkerten und an Hilfsquellen armen Staates gebieterisch nach einem Ventil für Gefühle wie tatsächliche Nöte. Jetzt sah Mussolini endlich eine Bahn frei; konnte man da von ihm noch ein vorsichtiges Zuwarten und Abtasten erwarten? Sicher nicht! Damit aber standen ernste Verwicklungen in naher Aussicht, denn es war nicht anzunehmen, daß z. B. England an dieser Entwicklung dicht an seiner Straße nach Indien, d. h. eigentlich am Lebensstrang seines Reiches, teilnahmslos vorübersehen werde.

So stellte sich dem Beobachter die Lage bei Laval's Rückkehr aus Rom dar; so wurde sie auch im Januarheft dieser Zeitschrift geschildert. Offenbar aber waren sich weder die öffentliche Meinung in Europa noch auch manche leitende Köpfe in den diplomatischen Amtsstuben der europäischen Staaten und nicht nur der kleinen des Ernstes dieser Lage bewußt geworden. Man verkannte den draufgängerischen Willen Mussolinis und den Zwang, unter dem er stand. So dachte man sich eben: Abessinien ist weit weg und im übrigen wird die Zeit schon Rat schaffen!

* * *

Diese Auffassung war eine schlimme Täuschung und hat die Entwicklung recht ungünstig beeinflußt. Schon im Februar wurde es klar und das wurde wieder an dieser Stelle festgenagelt, daß Mussolini gar keine Zeit verlieren wollte, sondern bereits den Stoß gegen Abessinien diplomatisch und sogar militärisch vorbereitete. Aber immer noch wollte Europa von dem aufsteigenden Gewitter nichts wissen, sondern sah sorglos zu. Nun ging Mussolini in immer rascherem Tempo vor und bereits im Frühjahr war es ein offenes Geheimnis, daß nach dem Ablauf der Regenzeit im Herbst am Roten Meere die Kanonen sprechen würden. Schlag auf Schlag folgten sich die militärischen Maßnahmen. Arbeitermassen gingen nach Ostafrika ab, um das Verkehrswezen, die sanitären Vorkehrungen, die Unterkunftsmöglichkeiten usw. für einen modernen Massenaufmarsch vorzubereiten. Dann setzten in Italien die Mobilisierungen von immer neuen Divisionen, die Rüstungen großen Umfangs, die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen ein. Und immer noch sah Europa und die Welt dem allem neugierig, ja vielfach belustigt zu. Mussolini rasselte mit dem Säbel, nun gut, er würde schon wieder einlenken! So war etwa die allgemeine Auffassung, die gründlich verkehrt war.

Misstrauisch wurde man nur in England, aber man glaubte, sich mit Italien doch irgendwie einigen zu können. Natürlich kann England nicht in Ostafrika ein großes fremdes Kolonialreich entstehen lassen, das jederzeit in der Lage wäre, die ägyptische Schlüsselstellung der Straßen nach Indien aufs ernsthafteste zu bedrohen. Man nahm wohl in London an, daß diese Tatsache auch Mussolini bekannt sei und daß er deshalb nur einen Druck ausüben wolle, um irgendwelche Konzessionen einzuhandeln. Als aber der Allerweltsreisende Eden zu diesem Zwecke nach Rom kam, da konnte er mit Mussolini überhaupt zu keinen richtigen Verhandlungen kommen und mußte völlig ergebnislos wieder abziehen. Mussolini ließ sich von England

in seinem stürmischen Draufgehen nicht im geringsten beirren. England hatte sich verrechnet und war nun einigermaßen verblüfft und ratlos.

* * *

In der Folge aber verrechnete sich Mussolini bei den Engländern ebenso gründlich wie die Engländer bei ihm. Er traute diesem mit viel Moral und Geschäftssinn ausgestatteten Volke keinerlei energische Politik zu. Er ließ sich von den dringender werdenden englischen Vorstellungen nicht beeinflussen und ging zielbewußt auf den Waffengang mit Abessinien los, der seinem Regime zugleich die ersehnten Vorbeeren und die notwendigen wirtschaftlichen Möglichkeiten verschaffen sollte. Von den Engländern erwartete er dabei wohl allerlei diplomatische Schwierigkeiten, aber kaum eine ernsthafte Hinderung. Übrigens schätzte man in Italien wohl auch die englischen Machtmittel angesichts der inneren Schwierigkeiten des Reiches und angesichts der Tatsache, daß man in London das Wehrwesen seit dem glücklichen Ausgange des Weltkrieges so ziemlich gänzlich vernachlässigt hatte, gar nicht hoch ein. Auf jeden Fall hielt man in Rom die Engländer erst nach einer Periode langerer Rüstungen für aktionsfähig. Und diese Meinung teilte bis in den September hinein so ziemlich die ganze Welt. Auf sie gestützt ging Mussolini Anfang Oktober in den offenen Waffengang hinein.

Da aber zeigten sich plötzlich die bei den Engländern im Laufe von vier Jahrhunderten bei der Schaffung ihres Weltreiches immer wieder erprobten Eigenarten: Entschlußkraft im entscheidenden Augenblick, rasches Handeln nach langem Zuwarten und zähe Durchführung des einmal Beschlössenen. So brachte England den bisher äußerst flauen und bereits sehr desaitistischen Völkerbund plötzlich mit seinem Gewicht zur Aktion und leitete so die Einkreisung des italienischen Störenfriedes in größtem Umfange ein. Ja es ging weiter. Die englischen Staatsmänner wissen, daß die Genfer Worte eben Worte bleiben, mit denen einer Großmacht nicht beizukommen ist, wenn nicht dahinter ganz reale Tatsachen stehen. So schufen sie eben diese realen Tatsachen, indem sie nicht nur den Hauptteil der englischen Flotte im Mittelmeere aufmarschieren ließen, sondern auch alle englischen Stützpunkte am Mittelmeer, dem Roten Meer und der afrikanischen Ostküste in Verteidigungsstatus setzten. Gibraltar, Malta, Cipern und Aden, Ägypten, Palästina und Britisch-Ostafrika begannen plötzlich von Truppen des Landheeres und der Luftflotte zu wimmeln; die Hauptpunkte für Heer und Flotte wurden sieberhaft befestigt und bestückt. Kurz, England setzte gegen Italien seine Machtmittel mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ein. Damit aber geriet die ganze italienische Rechnung ins Schwanken!

* * *

Nun haben wir bereits seit mehr als einem Monat den offenen Krieg Italiens gegen Abessinien auf der einen Seite, das Aufbieten des Völkerbundes und die demonstrativen Rüstungen Englands auf der andern Seite. Der Krieg selbst hat noch keine großen Ereignisse gebracht; zu wirklich ernsthaften Kämpfen ist es offenbar trotz aller Lügenmeldungen der sensationslüsternen Zeitungsberichterstatter noch keineswegs gekommen. Unendlich vorsichtig gehen die Italiener, unterstützt von allen modernen Kriegsmitteln und unter Einsatz der farbigen Söldner in erster Linie, langsam und Schritt vor Schritt vorwärts. Sie wollen um jeden Preis eine der in den Kolonialkriegen üblichen bösen Überraschungen vermeiden. Aus dieser Kriegsführung aber ergibt sich zwangsläufig der Einsatz immer stärkerer Kräfte und immer größeren Materials. So nimmt der Krieg in Ostafrika allmählich die Kräfte Italiens immer mehr in Anspruch, seinen Schiffssraum, seine Wirtschaft, sein Geld und seine Menschen. Dazu kommen nun die umfangreichen Abwehrvorberei-

tungen an allen italienischen Küsten, in Tripolis und im Dodekanes gegen einen etwaigen englischen Angriff. So gleitet Italien langsam in den Ernst eines Krieges hinein.

Inzwischen fechten die Abessinier hinhaltend. Sie stellen sich den modernen Kriegsmitteln nicht zur bequemen Vernichtung, sondern nutzen den unendlichen Raum ihres Landes aus. Inzwischen strömen ihnen Waffen und Munition zu und inzwischen regt sich England. Daß es diesem mit seinem Aufmarsch am Mittelmeer Ernst ist, kann nicht verkannt werden. Aber die Engländer brauchen Zeit. Sie haben wie jedesmal nach einem großen Ringen seit dem Ausgange des Weltkrieges an dem nun nach kaufmännischer Rechnungsweise gerade unrentablen Wehrwesen gespart. Sie haben so viel daran gespart, daß von der großen englischen Armee des Weltkrieges nur ein schäbiger Rest übrig geblieben ist. Hier wird jetzt in aller Eile manches nachgeholt, aber darüber vergeht Zeit. So operiert England denn einstweilen hinhaltend. Außerdem will die konservative Regierungspartei gleichzeitig auch innerpolitisch ihre Ernte unters Dach bringen. So hat sie unter Ausnutzung der Volksstimmung in aller Eile Wahlen angesetzt und möchte sich am 14. November gern wieder für acht Jahre in den Sattel setzen. Nachher wird man von England wieder mehr hören!

Einstweilen aber regen sich die Vermittler, allen voran der biedere Herr Laval, der sich mit seinem schlauen Spiel ganz schmeichelhaft zwischen zwei Stühle gesetzt hat. Soll er die gegen Deutschland so nützliche italienische Freundschaft auf die Gefahr hin, daß darüber England abschwankt, aufrecht erhalten oder soll er das Umgekehrte tun? Beides ist Laval und mit ihm Frankreich höchst unshmpathisch. Nach langem Zögern ist nun Frankreich schließlich England einigermaßen entgegengekommen, da es nach gewissenhafter Überlegung doch die Freundschaft mit England als wertvoller eingeschätzt hat. Aber ganz hat man den italienischen Partner doch nicht fahren lassen und müht sich im Schweiße des Angesichts ab, eine Vermittlung zu Stande zu bringen. Nachdem Mussolini lange von nichts hören wollte, ist ihm doch offenbar angesichts des englischen Vorgehens etwas schwül zu Mute geworden. Er hat die Haßgesänge seiner Presse etwas abgestoppt und hat sogar eine freundliche Geste gewagt, indem er eine gegen Ägypten bereitgestellte Division aus Libyen zurückziehen will. Die Engländer aber ziehen nicht ein Schiff zurück, sondern führen ihre tatsächlichen Vorbereitungen gegen Italien ruhig weiter, im Mittelmeer sowohl wie in Genf. Noch ist auch durchaus kein Weg sichtbar, der zu einer italienisch-englischen Einigung führt. Die Italiener wollen zum allermindesten einen wesentlichen Teil Abessiniens für sich gewinnen; die Engländer aber werden wohl nach den jüngsten Erfahrungen mit den Italienern weniger als je geneigt sein, eine starke italienische Stellung am Roten Meere zu dulden. Also wird weiter verhandelt.

* * *

Nun sind für die Zukunft zwei Möglichkeiten vorhanden: Entweder lenkt Mussolini nach einem weiterem Theaterdonner angesichts der englischen Drohung ein und England gibt sich einstweilen mit einer faulen Lösung zufrieden. Wenn das nicht zu Stande kommt, so wird man mit einem steigenden Zwang gegen Italien rechnen müssen. Dabei wird die Bölkerbundsblockade gegen Italien eine Rolle spielen. Sie wird zwar sicher im Großen gesehen nicht die Entscheidung bringen, aber sie wird jedenfalls manchen Staat in eine schlimme Zwickmühle bringen. Soll man es mit Italien oder mit England verderben?, so wird sich ihnen die Frage stellen.

Über diese vor allem infolge der Neutralität Deutschlands lückenhafte Bölkerbundsblockade hinaus verfügt aber England in seiner eigenen Stellung über Druckmittel, die wahrscheinlich den Übergang zu bewaffneten Zusammenstößen ersparen können. England ist einmal im Stande, Italien von jeder Zufuhr über See

ohne weiteres abzuschneiden. Von Gibraltar, Port-Saïd und Cypern aus können alle Seewege nach Italien blockiert werden. Außerdem aber kann England jederzeit die Verbindung der nun schon über 200 000 Mann zählenden italienischen Armee in Ostafrika mit der Heimat abschneiden und so die Truppen der Generäle de Bono und Graziani einem Schicksal entgegenführen, das schlimmer sein würde als das Baratieris bei Adwa. So steht also Italien trotz aller zur Schau getragenen Überlegenheit den Engländern gegenüber ziemlich wehrlos da. Und dabei weiß Mussolini wohl, daß es um sein eigenes Schicksal und um das seiner Partei geht. Deshalb darf man einigermaßen darauf gehen, daß die Italiener schließlich und endlich genau so einlenken werden, wie sie das ja bereits getan haben. Die englische Rechnung ist also glatt und die führenden Leute in London sind einigermaßen berechtigt, zu erklären, daß es zwischen England und Italien keine Feindseligkeiten geben wird. Mussolini wird sich, wenn er seinem Verstande folgt, eben mit dem zufrieden geben müssen, was ihm die Engländer gewähren wollen.

So weit wäre alles in Ordnung: England wahrt das Gesicht. Es verteidigt seine Großmachtsinteressen und versteht sich dabei den Anschein eines uneigen-nützigen Verteidigers der bedrohten Unschuld in Abessinien zu geben. Der Völkerbund vermag von der mächtigen englischen Faust gestützt und geschoben einen Beweis seiner Existenz zu geben. Frankreich kann als ehrlicher Makler auftreten und sich beim Auslößeln der von Herrn Laval eingebrochenen Suppe allseitig beliebt machen. Italien erhält kriegerischen Ruhm und einiges Kolonialgebiet und wird wieder in Gnaden ins Völkerkonzert aufgenommen, wenn ... nun ja eben wenn Mussolini der fühlen englischen Rechnung folgt und sich nicht als das zeigt, wofür man ihn eigentlich in England hält, als „größenwahnhaft und unzurechnungsfähig“. Auf diese Entscheidung wartet alle Welt heute: Bietet Mussolini die Hand zu einem hübschen kleinen Geschäft oder setzt er alles auf eine Karte? Wir Schweizer warten auch und nicht ohne Grund warten wir mit Spannung!

Barau, den 31. Oktober 1935.

Hektor Ammann.

Senatswahlen im Elsass.

Am 20. Oktober wurde ein Drittel des französischen Senats, des „Oberhauses“ im Pariser Parlament, erneuert. Da die Departements Bas Rhin und Haut Rhin ihrem Anfangsbuchstaben nach unter das Drittel fielen, waren im Ober-Elsaß vier und im Unter-Elsaß fünf Sitze für neun Jahre neu zu besetzen.

In beiden Bezirken hatte 1926 der sogenannte „Nationalblock“, das Bündnis zwischen der katholischen Volkspartei (U. P. A.) und den Demokraten, der Partei des Großhandels und der Schwerindustrie, sämtliche Sitze erobert. Nachdem sich dann später der stark national französisch eingestellte Flügel der U. P. A. abgespalten hatte, um die sogenannte U. P. N. A. zu bilden (Action populaire nationale d'Alsace), traten im Ober-Elsaß sämtliche Senatoren der Volkspartei zu dieser neuen Partei über. Einige Zeit später erfolgte noch eine Teilwahl, in der Dr. Haegh gegen den schon aus der Vorkriegspolitik bekannten Dr. Pfleger unterlag, sodaß die oberelsässischen Senatoren parteimäßig folgenden Gruppen angehörten: der U. P. N. A. die Herren Dr. Pfleger, General Bourgeois, den Demokraten der Industrielle und frühere Minister Fourdain, sowie Gégauff, der kürzlich von dem Unabhängigen Östermann ersetzt wurde. Im Unter-Elsaß zählte die Volkspartei ursprünglich drei Vertreter: die Senatoren Graf Andlau (obwohl sich dieser eher als unabhängig ausgab), den früheren Professor an der katholischen theologischen Fakultät von Straßburg, Dr. Müller, und den Comte de Leusse. Die Demokraten hatten den Advokaten Eccard und als angeblichen Vertreter der Landwirtschaft Herrn Diebold-Weber. Nach der Spaltung ging Comte de Leusse, der nur gebrochen deutsch spricht, zu der U. P. N. A.

In den Jahren nach dem Komplottprozeß (1928) standen sich die Vertreter dieser Richtungen ziemlich scharf gegenüber. Während die Anhänger der U. P. N. A. stets in ziemlich enger Fühlung mit den Demokraten blieben, trennte diese beiden Gruppen eine breite Kluft von den Vertretern der U. P. R., solange diese der breiten Volksfront (Elässische Kommunisten, Fortschrittspartei Dahlets und Autonomisten der Landespartei) angehörte. Mit dem Jahre 1932 begann sich jedoch die U. P. R. unter dem Einfluß ihres rechten Flügels und insbesondere des Hagenauer Abgeordneten M. Walter von der Volksfront abzusondern. Wie früher schon berichtet wurde, ging diese Entwicklung bis zum Bruch der Volksfront und zur Erneuerung des alten Bündnisses mit Demokraten und A. P. N. A., was schließlich dank der Hilfestellung der Sozialisten im letzten Mai dazu führte, daß das Straßburger Rathaus wieder in den Besitz einer der Pariser Regierung ergebenen Mehrheit unter dem Demokraten Charles Frey kam. Es war daher logisch, daß für die Senatswahlen im Unter-Eläss das neue Bündnis weitergeführt wurde. Da man aber der Hilfe der Sozialisten entraten zu können glaubte, ließ man sie liegen, während U. P. R., Demokraten und A. P. N. A. ein Proporzabkommen schlossen und so den alten Nationalblock aus der Zeit Poincarés wieder bildeten. Die Senatoren werden bekanntlich nicht direkt vom Volke, sondern von Wahlmännern gewählt, die von den Gemeinderäten je nach der Zahl ihrer Mitglieder bezeichnet werden, und zwar überwiegen die Vertreter der Landgemeinden die der Stadtgemeinden weitaus. Darum brauchte man auch die nur in größeren Zentren wirklich organisierten Sozialisten nicht. Diese eigenartige Zusammensetzung des Wahlkörpers erklärt aber auch überhaupt den Aufmarsch zu der Wahl und deren Ergebnisse. Wie schon gesagt, herrscht das ländliche Element vor. Da sich außerdem die Wahlmänner zum größten Teil aus Bürgermeistern und Beigeordneten zusammensehen, die mit den Regierungsstellen zusammenarbeiten müssen und überdies im allgemeinen begütert und in gesetztem Alter sind, bilden sie von vorneherein eine konservative, jeder scharfen Opposition abholde und den Regierungseinflüssen stark ausgesetzte Wählermasse. Aus diesem Grunde konnten auch die ausgesprochen autonomistisch eingestellten Organisationen nicht mit einer erheblichen Stimmenzahl rechnen und legten ihre Aktion darauf an, die nach ihrer Auffassung gefährlichsten Gegner zu Fall zu bringen und den der Heimatsrechtbewegung nahe oder freundlich gegenüberstehenden Kandidaten zur Wahl zu verhelfen.

Dieses Ziel ist auch tatsächlich weitgehend erreicht worden. Die Wahlhandlung zerfällt in höchstens drei Wahlgänge, die am gleichen Sonntag in der Hauptstadt des Bezirks nacheinander stattfinden. Im Unter-Eläss stand gegen die Listen der U. P. R., der Demokraten, der A. P. N. A., der Sozialisten und der Radikalen im ersten Wahlgang die Liste der Volksfront. Da kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erhalten hatte, stellten die Nationalblockparteien für den zweiten Wahlgang eine gemeinsame Liste mit den Kandidaten Graf Andlau und Müller von der U. P. R., Comte de Leusse von der A. P. N. A., Eccard und Frey von den Demokraten auf. Nun wirkte sich das Überwiegen der bäuerlichen Wahlmänner zum ersten Mal mit dieser Deutlichkeit unter dem Druck der sich in der letzten Zeit immer mehr verschärfenden Krise aus. Neben dem Präsidenten der landwirtschaftlichen Kreisvereine, Graf Andlau, dem Comte de Leusse und dem demokratischen Großbauer Urban wurde der Landwirt Sigrist von der U. P. R., der für den zweiten Wahlgang überhaupt nicht mehr kandidiert hatte, gewählt. Der Abgeordnete Frey und der ausscheidende Senator Professor Müller kamen in Stichwahl. Der ausscheidende Senator Eccard, der seit 1919 als Scharfmacher gegen Deutschland in der Außenkommission des Senates bei jeder Gelegenheit hervorgetreten war und der als einer der Hauptschuldigen an der unseligen französischen Politik in der Saarfrage angesehen wird, die einem großen Teil der elässisch-lothringischen Landwirtschaft den schwersten, nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügte, geriet so

hoffnungslos ins Hintertreffen, daß er für eine Wiederwahl überhaupt nicht mehr in Frage kam.

Durch das Vochen zahlreicher Wahlmänner, die ihren Berufsgenossen Sigrist im zweiten Wahlgang gewählt hatten, obwohl er nicht auf der gemeinsamen Blockliste stand, hatte sich für den dritten Wahlgang das Dilemma ergeben, daß zwei Kandidaten derselben Liste nun gegeneinander um den letzten Sitz kämpfen mußten. Für die Autonomisten und die benachbarten Gruppen ergab sich ohne weiteres die Aufgabe, wenn irgend möglich den Demokraten Frey zu Fall zu bringen. Professor Müller ist stets ein Vertreter des Heimatrechtsgedankens gewesen und hat sich vor allem durch sein unermüdliches Eintreten für das Recht und die Achtung der deutschen Sprache in Elsaß-Lothringen verdient gemacht. Bei den Anhängern der Assimilierung ist er wenig beliebt. Sie suchen ihn, was (für beide Teile) bezeichnend ist, mit dem Spitznamen „Muttersprachenmüller“ zu hänseln. Seit einiger Zeit ist der bereits hochbetagte Herr auch Präsident der Elsässischen Volkspartei. Deren Führer und Wahlköche, die im Voraus dem Demokraten Frey feste Zusagen gemacht hatten, sahen sich plötzlich in der peinlichen Zwangslage, daß ihr Bundesgenosse gegen ihren eigenen Präsidenten stand. Einige zögerten allerdings nicht, und das wirft ein merkwürdiges Licht auf die Verhältnisse in den Parteien und insbesondere in der Volkspartei, die Parole offen für den verbündeten Frey gegen den eigenen Parteipräsidenten auszugeben! Es erübrigt sich wohl, derartige Zustände zu kommentieren.

Wichtiger ist, daß es sich nunmehr auch bei den Senatswahlen zeigte, die sonst ruhig und diszipliniert vor sich gingen, wie die Parteitruppen sich in entscheidenden Augenblicken von ihren Führern lossagen, wenn diese ihre herkömmlichen und durchaus grundsätzlichen Wahlkuhhändel praktizieren wollen.

Nach einem ungewöhnlich hitzigen dritten Wahlgang siegte der ausscheidende Senator Müller mit einer Mehrheit von 5 Stimmen über Frey.

Damit war die Senatswahl im Unter-Elsaß mit einer Niederlage für die Kandidaten der Regierung und des allmächtigen Direktors Valot der Elsaß-Lothringischen Dienstzweige in Paris zu Ende gegangen.

Im Ober-Elsaß, wo die Blockvereinbarung auf die U. P. R. und die Demokraten beschränkt geblieben war, fiel die Entscheidung schneller. Die U. P. R. u. mit dem ausscheidenden Senator Dr. Pfleger an der Spitze, der einer der unentwegtesten und rücksichtslosesten Vertreter des Assimilierungskurses ist, marschierte allein. Der bisherige Senator General Bourgeois, ein rabiater Feind der Heimatrechtler, zog es vor, seine Kandidatur überhaupt nicht mehr aufzustellen. Im zweiten Wahlgang wurde die Blockliste mit dem gemäßigten Unabhängigen Östermann, den Abgeordneten der U. P. R. Broglie und Brom und dem Demokraten Jourdain gewählt. Dr. Pfleger, der, wie Eccard und Bourgeois, seit 1919 ununterbrochen dem französischen Parlament angehört und vor dem Kriege bereits Mitglied des Elsaß-Lothringischen Landtages war, schied damit aus.

Wenn man die Senatswahlen bewerten will, muß man viel mehr feststellen, wer geschlagen als wer gewählt wurde. Als eigentliche Vertreter des chauvinistischen Lagers sind nur die Senatoren Comte de Beusse und Jourdain anzusehen. Graf Andlau, Urban und Östermann sind vor allem Vertreter der Landwirtschaft, die Senatoren Broglie und Brom stehen im Zentrum der Volkspartei, die Senatoren Müller und Sigrist sind überzeugte Heimatrechtler. Geschlagen aber wurden die beiden schärfsten und infolge ihrer Rührigkeit gefährlichen Gegner der elssässischen Selbstbehauptung: Eccard und Dr. Pfleger. Mit ihnen sind Säulen geborsten, die seit langem standen und hoch ragten. Daß dazu dem Abgeordneten von Straßburg-Land und neugewählten Straßburger Bürgermeister Frey der Weg in den Senat versperrt und eine schwere moralische Niederlage bereitet wurde, vervollständigt das Bild.

H. Bielek